

Schöpfung

Miteinander leben im gemeinsamen Haus

Herausgegeben von
Klaus Krämer und Klaus Vellguth

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

Nachhaltigkeit in Solidarität und Gerechtigkeit. Die Antwort der Kirchen in Deutschland

von Mattias Kiefer und Markus Vogt

Die Antworten der Kirchen in Deutschland auf die vielfältigen ökologischen Herausforderungen erfolgten während der letzten dreißig Jahre auf drei Ebenen: theologisch-lehramtlich, ethisch-politisch und konkret-praktisch. Dabei lassen sich im Agieren auf den drei Ebenen Phasen deutlicher Ungleichzeitigkeiten feststellen. Im Folgenden sollen diese drei Ebenen mit dem Fokus auf der katholischen Kirche in Deutschland beschrieben und mit einem kurzen Ausblick auf die Ökumene abgerundet werden.

„Nachhaltige Entwicklung“ als Leitbild theologischer Reflexion und amtskirchlicher Verkündigung

Seit etwa Mitte der 1990er Jahre wird als Reaktion auf den Brundtland-Bericht 1987 und den UN-Gipfel über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 „nachhaltige Entwicklung“ zunehmend auch zu einem Leitbild katholisch-amtskirchlicher Positionierung in Deutschland. Die drei diesbezüglichen Meilensteine kirchlicher Sozialverkündigung in Deutschland sind: 1. Das 1997 veröffentlichte *Gemeinsame Wort* des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (ZSG); 2. die 1998 veröffentlichte Schrift der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“ (HZS); 3. der von den Kommissionen VI und X der Deutschen Bischofskonferenz 2006 gemeinsam veröffentlichte Expertentext „Der Klimawandel. Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“.

Die Kirche in Deutschland war damit – weltkirchlich gesehen – Schrittmacher für die Integration des Nachhaltigkeitsgedankens in die kirchliche Sozialverkündigung. Ungewöhnlich ist, dass damit die deutsche kirchliche Sozialverkündigung der theologisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung – von wenigen Ausnahmen abgesehen – voraus war. Die Orientierung am Leitbild der Nachhaltigkeit bedeutete auch, dass die deutsche Kirche von Anfang an einen engen inhaltlichen Konnex sah zwischen Umwelt- und Entwicklungsfragen, mithin die ökologischen Herausforderungen schon sehr früh unter gerechtigkeits-theoretischen Vorzeichen diskutierte. Bibeltheologisch abgestützt wurde dieser Ansatz der deutschen Bischöfe mit einem klaren Prä des sogenannten Hege- und Pflegeauftrag (Gen 2,15) vor dem sogenannten Herrschaftsauftrag (Gen 1,28), eine Lesart, die erst vor kurzem höchst lehramtlich durch Papst Franziskus' Enzyklika *Laudato si'*¹ bestätigt wurde. Hinzu kam als weitere deutsche Besonderheit, dass es hier in der Tradition des „Sozialkatholizismus“ eine starke katholische Verbändelandschaft gab und gibt, die sich kontinuierlich, aber auch beispielsweise bei den Katholikentagen und Evangelischen Kirchentagen seit den 1980er Jahren punktuell verdichtet, mit Fragen von Umwelt und Entwicklung auseinandergesetzt hat. Die Kirchen haben dabei in enger Verbindung zur gesamtgesellschaftlichen Diskussion an das in Deutschland schon relativ früh ausgeprägte ökologische Bewusstsein angeknüpft und dieses selbst mitgeprägt.

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit (ZSG)

Das nach einem vierjährigen Konsultationsprozess mit mehr als 10.000 Diskussionsteilnehmern zustande gekommene und 1997 veröffentlichte *Gemeinsame Wort* respektive *Sozialwort* zählt zu den Höhepunkten der öffentlichen Stellungnahmen der deutschen Kirchen zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Hinsichtlich des Leitbildes

¹ Papst Franziskus, Enzyklika *Laudato si'* über die Sorge für das gemeinsame Haus. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 202, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2015.

der Nachhaltigkeit hat es wesentlich dazu beigetragen, dass dieses von Anfang an ökumenisch diskutiert und konkretisiert wurde. Im *Gemeinsamen Wort* wird Nachhaltigkeit erstmals zu den „Grundorientierungen“ christlicher Ethik gerechnet. Die vielzitierte Passage hierzu lautet: „Die christliche Soziallehre muss künftig mehr als bisher das Bewusstsein von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik wecken. Sie muss den Gedanken der Bewahrung der Schöpfung mit dem einer Weltgestaltung verbinden, welche der Einbindung aller gesellschaftlichen Prozesse in das – allem menschlichen Tun vorgegebene – umgreifende Netzwerk der Natur Rechnung trägt. Nur so können die Menschen ihrer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gerecht werden. Eben dies will der Leitbegriff einer nachhaltigen, das heißt dauerhaft umweltgerechten Entwicklung zum Ausdruck bringen.“²

Handeln für die Zukunft der Schöpfung

Der Text „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“ (HZS) ist die bisher ausführlichste Stellungnahme zu ökologischen Fragen von Seiten der deutschen katholischen Kirche. Er knüpft unmittelbar an das *Gemeinsame Wort* (ZSG) an beziehungsweise ist parallel zu diesem – ebenfalls in vierjähriger Diskussion – entstanden. Auf der konzeptionell gleichen Grundlage bietet HZS eine differenzierte Verknüpfung von Nachhaltigkeit mit christlicher Schöpfungstheologie und Ethik sowie mit Leitlinien für die kirchliche Pastoral, Bildung, Politik und Infrastruktur.³ „Nachhaltigkeit“ wird aus dem christlichen Glauben heraus interpretiert, mit spirituellen Impulsen verknüpft und als

² EKD/DBK (Hrsg.), Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn 1997, Nr. 125; vgl. auch Nr. 122–125, 224–232.

³ DBK/Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.), Handeln für die Zukunft der Schöpfung, Bonn 1998, explizit zu Nachhaltigkeit in Nr. 106–150.

neues Sozialprinzip christlicher Ethik ausgestaltet. Die Schrift formuliert nicht nur politische Appelle, sondern will vor allem zunächst die Kirche selbst „zukunftsfähig“ gestalten. In der hier entfalteten „kirchlichen Agenda für eine nachhaltige Entwicklung“ geht es nicht nur um Einzelaktionen, sondern darum, aus der Mitte des Glaubens heraus neue Orientierungen und Zukunftsperspektiven zu erschließen. Praktisches Umweltengagement, Liturgie und Glaubensverkündigung sollen in der Sorge um die Schöpfung noch stärker zu einer Einheit werden.

Der Klimawandel. Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit

Auf der Basis von HZS veröffentlichten die deutschen Bischöfe 2006 eine umfassende Studie zum Thema Klimawandel, einer der nach dem wegweisenden Stern-Report „On the Economics of Climate Change“ 2006 ersten systematischen Zugänge zum Thema jenseits der rein akademischen Sphäre, dementsprechend gut wurde die Studie auch in außerkirchlichen Kreisen nachgefragt. Bedeutsam wurde das Dokument aber vor allem dadurch, dass hier zum einen das Leitbild der Nachhaltigkeit systematisch mit gerechtigkeitstheoretischen Überlegungen verzahnt wurde, und dass zum anderen Schöpfungsverantwortung zu einer Querschnittsaufgabe kirchlichen Handelns erklärt und sie gleichzeitig pastoral in den sogenannten kirchlichen Grundvollzügen verankert wurde, mithin in den Handlungsfeldern, über die sich Kirche seit alters her selbst definiert: „Für eine ernsthafte Wahrnehmung der kirchlichen Klimaverantwortung ist ein dreifaches unverzichtbar: a) eine pastorale Verankerung der Schöpfungsverantwortung im Selbstverständnis der Kirche sowie in der Diakonie, Verkündigung und Liturgie; Schöpfungsverantwortung ist genuiner Teil des pastoralen Auftrags der Kirche [...]; b) ein entschiedenes Eintreten für Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen sowie des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns zugunsten des Klimaschutzes [...]; c) Ermutigung, Förderung

und Durchführung praktischer Initiativen für klimafreundliches Handeln und eine Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger.“⁴

Der Schöpfung verpflichtet: Kirche als politischer Akteur

Wie oben benannt, war ein Meilenstein der kirchlichen Sozialverkündigung das *Gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage 1997*, das aufgrund seiner Veröffentlichung im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 indirekt auch eine allgemein politische Wirkung entfalten konnte. Andere, inhaltlich durchaus gewichtige Positionspapiere zu konkreten Einzelthemen in den Folgejahren hatten eher eine binnenkirchliche Wirkung beziehungsweise wurden über die betroffenen Fachkreise hinaus kaum rezipiert⁵. Das änderte sich mit dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima im März 2011. In dessen Gefolge berief die damalige Bundesregierung eine „Ethikkommission zur sicheren Energieversorgung“, die in ihrem Abschlussbericht einen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Atomkraft in Deutschland in Kombination mit Maßnahmen zur Energiewende innerhalb der kommenden zehn Jahre empfahl. Mit Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, und Ulrich Fischer, Landesbischof der Badischen Landeskirche, waren drei der 17 Kommissionsmitglieder führende deutsche Kirchenvertreter. Die kirchlichen Positionen waren rund um die Diskussion um den

⁴ DBK/Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen & Kommission Weltkirche (Hrsg.), *Der Klimawandel. Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit. Ein Expertentext zur Herausforderung des Klimawandels, mit einem Geleitwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz*, Bonn 2006, Nr. 63.

⁵ Beispielsweise: DBK/EKD (Hrsg.), *Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft mit einem Wort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Vorsitzenden des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bonn/Hannover 2003.

Atomausstieg in der deutschen Umwelt- und Energiepolitik so präsent wie kaum je zuvor⁶.

Auch in den Folgejahren waren Kirchenvertreter, ob Bischöfe, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland oder die kirchlichen Hilfswerke wie Misereor und Brot für die Welt immer wieder gefragte Gesprächspartner von Politik und Zivilgesellschaft bei Fragen der Energiewende und des Klimaschutzes. Maßgeblich zu dieser erhöhten Aufmerksamkeit der Politik in der jüngsten Vergangenheit haben sicher auch die Papst-Enzyklika *Laudato si'* in Verbindung mit den weltpolitischen Weichenstellungen „Verabschiedung der sustainable development goals“ (SDGs) in New York und dem Weltklimagipfel in Paris (COP 21), alles in der zweiten Jahreshälfte 2015, beigetragen.

Eine eminent wichtige Rolle bei der Wahrnehmbarkeit von Kirche als politischem Akteur spielen die katholischen Verbände und ihr „Dachverband“, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Ohne deren beharrliche Sacharbeit über Jahre und Jahrzehnte, ohne verbandliche Jahresschwerpunkte und Bildungskampagnen, ohne die regelmäßige Diskussion und Verabschiedung von Verbandspositionen oder Vollversammlungsstellungen wäre das Wurzelwerk nicht gegeben, von dem sich auch heute noch die gesellschaftliche und politische Relevanz von Kirche nährt. Von manchen als deutscher Funktionärskatholizismus geschmäht, wird dabei die nach wie vor starke ehrenamtliche und damit im besten Sinne bürgerschaftliche Komponente des Engagements genauso verkannt wie der hohe Grad an Professionalität

⁶ Vgl. DBK (Hrsg.), *Der Schöpfung verpflichtet. Anregungen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie. Ein Expertentext zu den ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Energieversorgung (Arbeitshilfe 245)*, Bonn 2011 und DBK/Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.), *Empfehlungen zur Energiewende. Ein Diskussionsbeitrag*, Bonn 2013. Insbesondere der Expertentext „Der Schöpfung verpflichtet“, der bereits vor Fukushima erarbeitet und mit Vertretern des Umweltministeriums diskutiert worden war, jedoch erst im Mai 2011 veröffentlicht wurde, trug zudem im Hintergrund zur vergleichsweise raschen Konsensbildung bei.

und Fach-Expertise, mit der diese Debatten geführt werden. Gerade die kirchliche Jugendverbandsarbeit ist nach wie vor eine „Schule der Demokratie“, die viele Jugendliche erstmals für gesellschaftlich-soziale Themen und politisches Handeln begeistert. Statt ihrer Diskreditierung könnte man sich auch offensiv freuen über ein wirksames Gegenmittel gegen Populismus, Politikverdrossenheit, Wissenschaftsfeindlichkeit, und die Egoismen platter Komplexitätsreduktion.

Praktizierter Schöpfungsglaube: Bewährungsprobe im kirchlichen Alltag

Der Blick auf die Kirche wäre unvollständig und verzerrt, wenn man nur Dokumente des Lehramts, Stellungnahmen und Positionspapiere betrachten würde. Oft sind die praktischen Initiativen in kirchlichen Einrichtungen, Diözesen und Gemeinden aussagekräftiger und nicht zuletzt aus Gründen der eigenen Glaubwürdigkeit mindestens ebenso bedeutsam. Nachhaltigkeit hat den Anspruch, dass sie als Leitmotiv konsequent in allen Bereichen des kirchlichen Lebens zum Ausdruck kommt. Dies umzusetzen ist ein langer Umsteuerungsprozess; es gibt jedoch zahlreiche Beispiele, die seit mehreren Jahren einen eindeutigen Trend erkennen lassen. Die folgende Darstellung beschränkt sich auf den Bereich der kirchlichen Umweltarbeit; um das Leitbild der Nachhaltigkeit und seine Umsetzung in der kirchlichen Praxis vollständig abzubilden, müsste auch das sozial-caritative Handeln von Kirche, die Arbeit der kirchlich Zuständigen für Finanz- und Vermögensfragen, die Verantwortlichen für die Eine-Welt, und vieles mehr in den Blick genommen werden.

Die Koordination der kirchlichen Umweltarbeit in den Ortskirchen obliegt in aller Regel den diözesanen Umweltbeauftragten. Es gibt sie in den deutschen Diözesen seit 1986; der Beschluss zu ihrer Benennung erfolgte kurz vor (!) dem Reaktorunglück in Tschernobyl zunächst in den bayerischen (Erz-)Bistümern, in den Jahren seitdem erfolgt die Ausweitung auf ganz Deutschland. Der Prozess ist immer noch nicht abgeschlossen, aktuell haben von den 27 deutschen

(Erz-)Diözesen etwa 20 diözesane Umweltbeauftragte oder zumindest Ansprechpersonen für Umweltfragen benannt, wobei es große Unterschiede in deren Zuordnung in den diözesanen Verwaltungen, ihren jeweiligen Aufgabenschwerpunkten und in ihrer Ressourcenausstattung gibt. Letztere reicht vom reinen Ehrenamt bis zu ganzen Fachstellen beziehungsweise Ordinariatsabteilungen mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auf Bundesebene zusammengeschlossen sind sie in der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen Bistümer (katholische AGU)⁷, die in engem Austausch steht mit ihrem Pendant auf evangelischer Seite, der Arbeitsgemeinschaft der umweltbeauftragten der Gliedkirchen der EKD (evangelische AGU)⁸. Die Handlungsfelder erstrecken sich auf Bewusstseinsbildung/ Bildungsarbeit, theologisch-ethische Grundlagenarbeit in den Ordinariaten beziehungsweise Generalvikariaten, Sicherstellung liturgisch-pastoraler Angebote im Themenfeld, Verbesserung der ökologisch (-sozialen) Auswirkungen der eigenen kirchlichen Praxis in den kirchlichen Einrichtungen im Verwaltungs-, Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftsbereich. Häufig gehört dazu auch die Begleitung und Koordination der in einem Bistum ehrenamtlich Umweltengagierten, die Zuarbeit für Bistumsleitungen, diözesane Gremien und Verbände sowie die Vernetzung mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen im Themenfeld.

Bewusstseinsbildung, politische Bildung, Umweltbildung,
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Kirche ist Träger zahlreicher Bildungseinrichtungen, von Kindergärten über Schulen, Hochschulen, Jugend- und Erwachsenenbildungseinrichtungen, Akademien, bis hin zu Einrichtungen der Seniorenbildung. Nachhaltigkeit und Schöpfungsverantwortung haben es in den letzten Jahren zunehmend geschafft, als Profilierungsthema vor allem in kirchlichen Einrichtungen der formalen Bildung anerkannt

⁷ Vgl. www.kath-umweltbeauftragte.de (22.09.2016).

⁸ Vgl. www.ekd.de/agu/ (22.09.2016).

zu werden. In den Sektoren der informellen Bildung sind kirchliche Einrichtungen häufig genug diejenigen gewesen, die Angebote der politischen Bildung inklusive BNE aufrechterhalten, obwohl sie sich in aller Regel finanziell nicht rechnen.

Liturgisch-pastorale Angebote

Die christlichen Kirchen in Deutschland haben auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010 in München beschlossen, jährlich gemeinsam die Ökumenische Schöpfungszeit vom 1. September bis zum 4. Oktober zu feiern, Träger ist die ACK Deutschland⁹. 2015 hat Papst Franziskus für die katholische Weltkirche jeweils den 1. September zum „Weltgebetstag für die Schöpfung“ erklärt. Häufig sind es die diözesanen Umweltbeauftragten, die entsprechende Veranstaltungen während der Schöpfungszeit, aber auch zu anderen Anlässen im Kirchenjahr (beispielsweise Erntedank) durchführen beziehungsweise Material hierfür erarbeiten und zur Verfügung stellen. Diözesane Schöpfungstage, die in vielen Bistümern durchgeführt werden, sind in der Regel eine Mischung aus Bildungs- und liturgischen Angeboten. Sehr rege gefolgt wurde 2015 in Bayern dem Aufruf zu einer „Ökumenischen Gebetsnacht für das Klima“ im Vorfeld der COP 21. Es zeigt sich in den letzten Jahren zunehmend die Nachfrage nach spiritueller Erdung und Deutung des eigenen praktisch-politischen Schöpfungsengagements, ein Trend, der ganz auf der Linie zu liegen scheint, die Papst Franziskus unter der Überschrift „ökologische Spiritualität“ in seiner Enzyklika *Laudato si'* entfaltet.

Die eigene Praxis

Seit einigen Jahren ist in etlichen deutschen Bistümern der Trend wahrzunehmen, von den früher primär pastoralen und in aller Regel punktuellen Ansätzen etwas abzurücken und die ökologischen

⁹ Vgl. www.oekumene-ack.de/themen/glaubenspraxis/oekumenischer-tag-der-schoepfung/ (22.09.2016).

Aspekte strukturell im Verwaltungshandeln zu verankern, das heißt sie in die Aufbau- und Ablauforganisation der Einrichtungen zu integrieren. Damit sind Prozesse und Abläufe genauso betroffen wie Standards. Befördert wurde dieser Trend zum einen durch wachsende Einsicht der Verantwortlichen, zum anderen aber auch durch externe Reize wie den signifikanten Anstieg der Energiepreise in den Jahren 2007/2008, die Klimaschutz-Förder-Initiative des Bundesumweltministeriums, aber auch die Notwendigkeit, die eigene Gebäude-Infrastruktur der demografischen Entwicklung und den sich damit verändernden pastoralen Notwendigkeiten anzupassen. Seitdem gibt es in Bistümern (und auch Landeskirchen) zunehmend Kampagnen wie Energie-Offensiven und die Einführung von Energie- und Umweltmanagementsystemen. Maßgeblich war und ist hierfür die ökumenische Initiative „kirchliches Umweltmanagement“, in deren Rahmen inzwischen über 1.000 kirchliche Einrichtungen ein umfassendes Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement nach dem Modell des Europäischen „Eco Management Audit Scheme“ (EMAS) betreiben.¹⁰

Allen gemein ist ein systematisches, empirisch basiertes Vorgehen zur Verminderung der ökologischen (und mitunter auch finanziellen) Folgen kirchlichen Handelns. Die relevanten Handlungsfelder sind neben Energie dabei vor allem Bau und Gebäudeunterhalt, Beschaffung, Mobilität, Umgang mit kirchlichem Grund und Boden inklusive kirchlicher Umgriffsflächen sowie der Arten- und Naturschutz in kirchlichen Gebäuden und auf Kirchenland. Häufig handelt es sich dabei um Organisationsentwicklungsvorhaben beziehungsweise Change-Management-Prozesse mit allen positiven und negativen Erfahrungen, die mit derartigen Veränderungen auch im nichtkirchlichen Bereich einhergehen. Der Ansatz aber, systematisch

¹⁰ Vgl. <http://www.kirum.org/> (22.09.2016). Die Richtlinien von EMAS wurden für kirchliche Einrichtungen angepasst (formal vereinfacht und um theologisch-spirituelle Aspekte ergänzt). Die Kirchen sind damit zahlenmäßig gegenwärtig der größte Akteur für Umweltmanagement im Non-Profit-Bereich in Deutschland.

die Auswirkungen des eigenen Handelns zu erfassen, zu reflektieren und in konkreten Schritten zu verbessern, ist ein viel versprechender.

Ökumenische Kooperation: Gemeinsam in und für die Eine Schöpfung

Der hier gegebene Rahmen reicht nicht, ausführlich das Thema Schöpfungsverantwortung in der Evangelischen Kirche in Deutschland zu würdigen, die bereits mit Kurt Oeser, dem späteren ersten Umweltbeauftragten der EKD, Ende der 1960er Jahre anlässlich des Widerstandes gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens begonnen hat.

Lange Zeit charakteristische Unterschiede zur katholischen Umweltsarbeit waren unter anderem: Sie hat etwa 20 Jahre früher begonnen; sie ist mehr auf politisch-zivilgesellschaftliche Zusammenhänge ausgerichtet und hat eine breitere wissenschaftliche Verankerung, vor allem mittels einiger Evangelischer Akademien, die sich bereits sehr früh in der Umweltsarbeit profiliert haben (Loccum, Bad Boll, Tutzing; später auch das Institut für Kirche und Gesellschaft in Schwerte); sie hat durch die Institution des Umweltbeauftragten des Rats der EKD ein definiertes und wahrnehmbares kirchliches Gegenüber auf bundespolitischer Ebene; sie ist von den sozioethisch-theologischen Voraussetzungen her weniger kompromissbereit. Die katholische Umweltsarbeit war über lange Zeit dagegen vergleichsweise stärker in der Pastoral und in der katholischen Verbändearbeit kirchlich verankert, beispielsweise durch die Jugend- und später auch die Frauen- und Landverbände, die auf breiter Basis Bewusstseinsbildung betrieben haben. Die gemeinsame Schrift von EKD und DBK „Verantwortung für die Schöpfung“ aus dem Jahr 1985 ist ein beredtes Zeugnis für die frühe ökumenische Verbundenheit der kirchlichen Umweltsarbeit.

Nicht selten wurden im Rahmen der EKD Stellungnahmen zu ökologischen Themen wesentlich früher publiziert als katholische Texte zu ähnlichen Themen:

- Beirat des Umweltbeauftragten der EKD für Umweltfragen (1995): Gefährdetes Klima – Unsere Verantwortung für Gottes

Schöpfung, Hannover. Dieses Thema wird erst 2006 von der Kommission VI der DBK aufgegriffen (siehe oben).

- EKD – Kammer für Entwicklung und Umwelt (2000): Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung, Hannover. Die Schrift zur Ernährungssicherung wurde und wird in ökumenischem Dialog aufgenommen und weitergeführt, insbesondere durch die gemeinsame Schrift zu Fragen der nachhaltigen Landwirtschaft (2003).

Heute bestehen ein enger Austausch und vielfältige Kooperationen vor allem auf der Fachebene der diözesanen und landeskirchlichen Umweltbeauftragten wie auf der lokalen Gemeindeebene: Die jeweiligen schöpfungstheologischen und umweltethischen Begründungen für die Umweltsarbeit in den beiden großen Kirchen sind weithin kompatibel wo nicht ohnehin deckungsgleich; die strukturellen Widerstände gegen das Ändern der eigenen kirchlichen Praxis sind weithin ähnlich. Der wesentliche Unterschied in der Umweltsarbeit der beiden Kirchen heute liegt im Grad öffentlicher Wahrnehmbarkeit und dem Ausmaß politischen Handelns: Hier agiert die evangelische Umweltsarbeit aufgrund eines anderen ekklesiologischen Selbstverständnisses deutlich unabhängiger von den kirchenleitenden Gremien, speziell des Kirchenamtes, als die katholische dies kann. Spezifische Stärken des katholischen Umweltengagements sind die pastorale und verbandliche Verankerung sowie die Verknüpfung mit der Katholischen Soziallehre und ihren Vermittlungsstrukturen auf nationaler und internationaler Ebene (Katholische Büros, Bildungsarbeit, Hilfswerke, Orden und Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden).

Gerade die Verschiedenheit der Profile und Stärken sowie die Ungleichzeitigkeit der Wahrnehmung von Schöpfungsverantwortung in den Konfessionen und Ländern sowie den Reflexions- und Handlungsebenen kann eine Chance wechselseitiger Bereicherung sein. Dies würde jedoch die Bereitschaft voraussetzen, von anderen zu lernen und sich immer wieder neu theologisch, praktisch, spirituell und ökumenisch dem radikalen Anspruch des Evangeliums zu stellen. Die-

ser fordert heute hinsichtlich des Umgangs mit der Natur von der gesamten Kultur einen tiefgreifenden Wandel. Dafür ist auch von Seiten der Kirchen eine Bündelung der Kräfte nötig in der Sorge um das *eine* gemeinsame „Haus der Schöpfung“, unsere eine und einzige Welt.